



Appenzeller Zeitung  
9101 Herisau  
071/354 64 74  
www.appenzellerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 13'270  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 605.19  
Abo-Nr.: 1092521  
Seite: 5  
Fläche: 16'178 mm<sup>2</sup>

## Wenn Solarzellen die Identität bedrohen

*Der Heimatschutz soll für die Energiewende Federn lassen, fordert ein Vorstoss aus den Reihen der FDP. Eine nationale Allianz will sich dagegenstellen – notfalls mit Referendum.*

ANDRI ROSTETTER

Wenn es um Bauprojekte in Gemeinden mit geschützten Ortsbildern oder Landschaften von nationaler Bedeutung geht, hat die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) das letzte Wort. Die Gutachten der ENHK sind bindend für Behörden und Gerichte; fällt ein Projekt bei der Kommission durch, ist es praktisch erledigt. Für den Zuger FDP-Ständerat Joachim Eder ist das ein unhaltbarer Zustand. Mit einer parlamentarischen Initiative will er den Einfluss der ENHK massiv einschränken: Deren Gutachten sollen zu unverbindlichen Stellungnahmen degradiert werden. Insbesondere bei Projekten im Bereich

der erneuerbaren Energien soll sich die Kommission nicht mehr querlegen können.

### Grundsatz in Frage gestellt

Gestern hat sich in Bern eine Gruppierung zu Wort gemeldet, die Eders Vorstoss mit allen Mitteln bekämpfen will. Hinter der Alliance Patrimoine, so der Name der neuen Vereinigung, stehen vier etablierte Organisationen: der Schweizer Heimatschutz, die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK), die Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung (Nike) und Archäologie Schweiz. Die Allianz will künftig die Interessen des kulturellen Erbes wahrnehmen. «Der Grundsatz, dass das Schweizer Kulturgut für unsere Nachkommen so gut wie möglich erhalten bleiben sollte, wird von der Politik immer öfter in Frage gestellt», teilte Nike-Leiterin und Vorsitzende von Alliance Patrimonial Cordula M. Kessler mit.

### Genug Platz für Solarpanels

Das kulturelle Erbe sei zentral

für die kollektive Identität des Landes, so GSK-Direktorin Nicole Bauermeister. Es gehe nicht an, beispielsweise Solarzellen auf den Dächern der Berner Altstadt zu montieren, wo es doch 1,5 Millionen Gebäude in der Schweiz gebe, auf denen Solarpanels ohne negative Folgen Platz finden würden. «Die Möglichkeiten für die Förderung der erneuerbaren Energien sind riesig, auch ohne dass die in den Bundesinventaren geschützten Objekte geopfert werden müssen.»

Die vorberatenden Kommissionen beider Räte haben Eders Vorstoss zugestimmt. Die Chancen, dass das Parlament die Vorlage umsetzt, sind also intakt. Sollte es tatsächlich so weit kommen, will die Heimatschützer-Allianz das Referendum ergreifen. Die nötigen Unterschriften hätte sie wohl schnell beisammen: Allein die vier Trägerorganisationen zählen zusammen über 92'000 Mitglieder.